Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 45 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 4. Sonnabend den 4. Januar 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 5. Januar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Holzauction.

Donnerstag, den **9. Januar 1890,** sollen in Abth. 2 des Burgauer Forstreviers **hinter den Militairschießständen,** dicht an der Fluthrinne und den Lützschenaer Wiesen,

ca. 100 **starke Abraumhaufen** und
„ 90 „ **Langhaufen**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 27. December 1889.

Des Raths Forst-Deputation.

Holzauction.

Mittwoch, den 15. Januar d. Js., sollen in Abtheilung 8 und 23 des **Connewitzer Forstrevieres**

150 Haufen **starker Abraum,**
200 „ **Schlagreisig (Langhaufen)** und
40 Bund **Dornen,**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr auf dem Mittelwaldschlage an der **Zwenkauer Chaussee** und **neuen Fahrstraße** auf der sogenannten Kuhbrücke.

Leipzig, am 2. Januar 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Nutzholzauction.

Montag, den **13. Januar d. Js.,** sollen in Abth. 8 und 23 des **Connewitzer Forstrevieres**

65 Stück Eichen-**Nutzklötze** in der Stärke von 16—112 cm

82	„	Buchen-	„	„	„	20—48 „
38	„	Rüstern-	„	„	„	20—56 „
15	„	Linden-	„	„	„	20—67 „
18	„	Ahorn-	„	„	„	32—49 „
4	„	Eschen-	„	„	„	17—31 „
51	„	Ellern-	„	„	„	21—34 „
2	„	Aepen-	„	„	„	20 u. 23 „
2	„	Kirschbaum-	„	„	„	20 u. 25 „

sowie 30 Stück Eichen-, Rüstern- und Eichen-**Schirrhölzer** unter den öffentlich auszubiegenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr auf dem Mittelwaldschlage an der Zwenkauer Chaussee und neuen Fahrstraße auf der sogenannten Kuhbrücke.

Leipzig, den 2. Januar 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Offene Stelle.

Am 1. Februar bis. Js. ist bei dem unterzeichneten Polizeiamte die mit 3000 ℳ jährlichem Gehalte dotirte Stelle eines **Polizeiassessors** neu zu besetzen.

Geeignete Bewerber, welche bisher im Justiz- oder Verwaltungsdienst gearbeitet und die zweite juristische Staatsprüfung bestanden haben, werden aufgefordert, sich sobald als möglich bei unterzeichneter Behörde zu melden.

Leipzig, am 2. Januar 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

D. R. 7. Breitschneider.

Handelsrichterliche Bekanntmachung.

Auf Fol. 158 des hiesigen Handelsregisters ist bezüglich der Actiengesellschaft „Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft" in Dessau Nachstehendes:

Der Geheime Commerzienrath **Wilhelm Oechelhäuser** hat seine Stellung als Generaldirector der Actiengesellschaft „Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft" mit dem 31. December 1889 niedergelegt und ist an seiner Stelle der Oberingenieur **Wilhelm von Oechelhäuser** zum Generaldirector der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft ernannt worden.

Die dem Herrn **Wilhelm von Oechelhäuser** ertheilt gewesene Procura ist durch dessen Ernennung zum Generaldirector erloschen.

Dem Rechnungsrevisor **Friedrich Geyer** in Dessau ist vom 1. Januar 1890 ab Collectivprocura für die Actiengesellschaft „Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft" in Dessau in der Weise ertheilt, daß derselbe berechtigt ist, die Firma in Gemeinschaft mit einem andern Procuristen der Gesellschaft zu zeichnen

eingetragen worden.

Dessau, den 31. December 1889.

Herzogl. Anhalt. Amtsgericht.
Gast. Sturmann.

Bekanntmachung,

Besetzung einer neugegründeten Schutzmannsstelle betreffend.

Vom 1. Januar 1890 ab ist bei der unterzeichneten Behörde eine neugegründete **Schutzmannsstelle** zu besetzen.

Mit derselben ist ein Gehalt von jährlich 900 ℳ, neben 100 ℳ Bekleidungsgeld verbunden, welcher nach 20jähriger Dienstzeit bis zu dem Höchstbetrage von 1350 ℳ steigt.

Geeignete Bewerber (gewesene Soldaten, Unterofficiere werden bevorzugt) haben selbstgeschriebene Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen in beglaubigter Abschrift, eines Lebenslaufes, eines Gesundheitszeugnisses sowie

bis 10. Januar 1890

einzureichen.

Originalzeugnisse werden nicht zurückgesendet. Vorstellung hat nur auf Erfordern zu erfolgen.

Jena, den 30. December 1889.

Der Gemeinde-Vorstand
der Großherzogl. S. Residenz- und Universitätsstadt.
Singer.

Erledigt

hat sich unsere, den am 8. dis. Mon. beim Schlittschuhlaufen auf der Elster am sogen. Ritterpförtchen eingebrochenen und ertrunkenen Formerlehrling **Oswald Georg Schömburg** aus Plagwitz betreffende Bekanntmachung vom 12. dis. Mon. durch Auffindung seines Leichnams.

Leipzig, am 24. December 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

I. 8809. Breitschneider. Falbig.

Politische Neujahrs-Kundgebungen.

Die Deutschland zunächst angehende und zugleich wichtigste Neujahrskundgebung ist der Glückwunsch Kaiser Wilhelm's an den Reichskanzler. Der Inhalt des Schreibens vom 30. December entspricht genau dem seit langer Zeit zwischen Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck bestehenden Verhältniß, es athmet dieselbe pietätvolle Hochschätzung, welche Prinz Wilhelm dem Rathgeber seines kaiserlichen Großvaters entgegenbrachte, und ist ein neues Zeugniß für die Grundlosigkeit der im vergangenen Jahre von der deutschfreisinnigen Presse und leider auch von Organen anderer Parteien verbreiteten und ernsthaft erörterten Gerüchte über das Bestehen einer militairischen Nebenregierung. Kaiser Wilhelm erkennt freudig an, welch' reicher Antheil an der Erhaltung des Friedens und an der Befestigung der Friedensbürgschaften, sowie an dem Zustandekommen des Gesetzes über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung der Arbeiter dem Reichskanzler gebühre, und äußert schließlich den Wunsch, daß ihm der treue und erprobte Rath des Kanzlers in seinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberuf noch lange erhalten bleiben möge. Das kaiserliche Handschreiben wird überall im deutschen Reiche mit herzlicher Freude und Genugthuung begrüßt werden, wo man Verständniß für die unschätzbaren Verdienste des Kanzlers besitzt. Glücklicherweise verfügt Fürst Bismarck trotz seiner beinahe fünfundsiebenzig Jahre über eine feste Gesundheit und ungeschwächte Kraft und wird hoffentlich noch ein Jahrzehnt in der Lage bleiben, den Pflichten seines hohen Berufs zu Deutschlands Heil zu genügen. Der Kanzler sagt selbst von sich, daß das Vertrauen, welches er sich bei den Regierungen der europäischen Mächte im Laufe von dreißig Jahren erworben hat, unübertragbar ist, aber wir können seine Worte getrost dahin ergänzen, daß auch die innere Politik des deutschen Reiches und Preußens seinen bisherigen Leiter nicht entbehren kann, wenn es auch an Männern nicht fehlt, welche in der Schule des Fürsten Bismarck ausgebildet sind und seinen Absichten vollen Verständniß entgegenbringen.

Bei der zweiten Lesung des Invaliditätsversicherungsgesetzes erkannte Fürst Bismarck die großen Verdienste an, welche sich der Minister v. Bötticher um das Zustandekommen des Gesetzes erworben habe, und betonte mit nachdrücklich, daß er nächst Kaiser Wilhelm I. sich selbst als den Haupturheber des Gesetzes betrachte. Er sagte das nicht, um den Werth seiner Initiative in das rechte Licht zu setzen, sondern nur, um sich gegen das Ansinnen zu verwahren, als ob er zu den Gegnern des Gesetzes gehöre, wie fälschlich und im Widerspruch mit offenkundigen Thatsachen von gegnerischer Seite verbreitet worden war.

Nächst dem Handschreiben Kaiser Wilhelm's an den Kanzler ist die bedeutungsvollste Kundgebung die Antwort des Präsidenten der französischen Republik auf die Glückwünsche des diplomatischen Corps. Carnot sprach von dem Widerhall der Ehren, welche dem friedfertigen civilisatorischen Geiste Frankreichs im vergangenen Jahre dargebracht worden seien, und von der Aufgabe, die gemeinsamen Anstrengungen in dem neuen Jahre auf die Fortsetzung der großen Werke des Friedens und des Fortschritts zu richten. Der Präsident schloß mit den Worten: „Darin werden wir Erfolg haben, dessen bin ich sicher, mit Ihrer Hilfe und dem Willen der Regierungen und Nationen, welche hier so würdig vertreten sind." Wir haben niemals Veranlassung gehabt, an der aufrichtigen Friedensliebe des Präsidenten Carnot zu zweifeln, und glücklicherweise hat Frankreich überhaupt im Laufe des vergangenen Jahres einen Entwickelungsgang genommen, welcher der Erhaltung des Friedens günstig zu sein scheint, es kommt also nur auf die Vermeidung von Zwischenfällen an, welche darin eine Aenderung herbeiführen könnte. Absolute Sicherheit ist in dieser Beziehung natürlich nicht vorhanden, aber unter den obwaltenden Umständen ist auch schon die Wahrscheinlichkeit, daß keine Störung der friedlichen Arbeit in Frankreich eintreten wird, mit Befriedigung festzustellen.

Weitere Kundgebungen liegen aus Rom und Pest vor in Form von Ansprachen, welche König Humbert beim Neujahrsempfang der Parlamentsabordnungen, der Minister und Generale, und Tisza bei der Ueberbringung der Glückwünsche der liberalen Partei gehalten haben. König Humbert nannte die Aussichten für Erhaltung des Friedens besser, als sie bei Beginn des vorigen Jahres gewesen seien, und Tisza sprach seine Zufriedenheit über die Festigkeit des Dreibundes, welche Europa den Frieden verbürge. Alle diese Aeußerungen von maßgebender Stelle machen einen sehr wohlthuenden Eindruck und stärken das Gefühl der Sicherheit, mit welchem wir in das neue Jahr eingetreten sind. Es ist das erste Mal seit langer Zeit, daß ein Jahr unter so hoffnungsvollen Aussichten beginnt, und es bleibt nur zu wünschen, daß dieser Zustand von Dauer sein möge, wir werden dann in der Lage sein, der Entwickelung der inneren Angelegenheiten die höchste Sorgfalt und umfassendste Arbeit zuwenden zu können, und daß sie deren bedürfen, liegt klar zu Tage. Die socialen Verhältnisse sind nach wie vor gespannt, und neben der Aufgabe, die materielle Lage der arbeitenden Classen zu verbessern, welche sich die Reichsregierung durch die socialpolitische Gesetzgebung gestellt hat, liegt uns auch die Erfüllung der moralischen Pflicht ob, das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Dazu ist aber auf beiden Seiten sehr viel guter Wille nöthig; durch Agitationen, wie sie die Führer der Socialdemokraten seit langer Zeit betreiben, kommen wir nicht um einen Schritt weiter; im Gegentheil kann dadurch nur Erbitterung auf Seiten der Arbeitgeber erzeugt werden. Graf Mirbach empfiehlt das patriarchalische Verhältniß, wie es ehedem auf dem Lande bestanden hat. Das dürfte aber kaum noch zeitgemäß sein, abgesehen davon, daß es den Wünschen und Bedürfnissen der arbeitenden Classen in den Städten nicht entspricht. Der Kern der ganzen Frage liegt in der richtigen Abwägung von Leistung und Gegenleistung und damit ist zugleich die Hauptschwierigkeit bezeichnet. Der Streik, welcher bisher als Hauptregulator des Arbeitspreises gedient hat, ist eine zweischneidige Waffe, deren unverständiger Gebrauch den Arbeitern mehr Schaden als Nutzen bringt. Hier gilt es, durch rechtzeitiges Entgegenkommen den richtigen Mittelweg zu finden, und das kann nur durch gütliches Uebereinkommen von beiden Seiten erreicht werden.

Noch eine beachtenswerthe Kundgebung liegt aus Bukarest vor, welche der Minister des Auswärtigen Lahovary der Opposition gegenüber erlassen hat. Er erklärte, daß die Minister der kleineren Staaten bei Beantwortung von Anfragen über die auswärtige Lage sehr vorsichtig sein müßten, da auch die Minister der großen Staaten die Beantwortung derartiger Fragen oft verweigerten. In dieser Beziehung wird von den Parlamenten der kleinen Staaten viel gesündigt, sie setzen dadurch in kritischen Zeitlagen den Frieden geradezu aufs Spiel. Glücklicherweise haben die Regierungen solcher Staaten selbst das größte Interesse an der Erhaltung des Friedens, weil sie gar nicht im Stande sind, selbst irgend eine Entscheidung herbeizuführen. Wenn irgend ein leidenschaftlicher Abgeordneter in Athen die Regierung mit Gewalt zum Kriege gegen die Türkei hetzen will, so ist das ein frevelhaftes Beginnen, die entschiedenste Verurtheilung verdient aber solches Gebahren, wenn die Beweggründe dazu in verletztem Ehrgeiz ihre Quelle haben, wie das beim Führer der griechischen Opposition, Delyannis, der Fall ist. Die Frage, ob der kretensische Aufstand aufs Neue zu organisiren ist, hat für Griechenland in der Hauptsache die Bedeutung, ob Trikupis Minister bleiben oder Delyannis an seine Stelle treten soll. *

Leipzig, 4. Januar.

* Die **großherzoglich badischen Herrschaften** konnten an der Neujahrsgratulation der Fürsten und Prinzen im königlichen Schlosse in Berlin nicht theilnehmen, da der Großherzog seine Erkältung zwar überwunden hat, das Zimmer aber noch nicht verlassen darf.

* Der **Reichstag** wird alsbald nach Wiederaufnahme seiner Sitzungen in der nächsten Woche vor bedeutsamen Entscheidungen und Abstimmungen stehen. Mit dem Marine- und Militairetat, deren zweite Lesung bevorsteht, kommen die wichtigsten Theile des Reichshaushalts zur Verhandlung und es wird nicht an lebhaften Kämpfen, sowie bei manchen **Positionen** an starken Anfechtungen fehlen. Alsdann wird die zweite Berathung des Socialistengesetzes folgen. Angesichts dieser wichtigen Entscheidungen darf man wohl das Vertrauen hegen, daß der Reichstag demnächst besser besucht sein wird als vor Weihnachten, wo er andauernd mit Beschlußunfähigkeit zu kämpfen hatte, und daß er ohne Störung seine Arbeiten zu Ende führen kann. Insbesondere möchten wir die Mitglieder der Cartellparteien ersuchen, pünktlich und so vollzählig wie möglich am Platze zu sein und sich für noch einige Wochen auf dauernde Anwesenheit in der Reichshauptstadt einzurichten. Die Session wird ja ohnehin wegen Ablaufs des Mandats bald geschlossen werden.

* Die **Reichsbeschwerde-Commission** war am Sonnabend unter Vorsitz des Ministers des Innern Herrfurth zusammengetreten. An der Sitzung nahmen theil zwei Mitglieder des Bundesrathes, Graf Zeppelin (Württemberg) und von Oertzen (Mecklenburg), und drei richterliche Mitglieder, der Senatspräsident beim Kammergericht Deliud, Oberlandesgerichtsrath Dr. von Schneider aus München und Senatspräsident Dr. Lehmann aus Hamburg. Die Verhandlungen dürften sich auf Beschwerden über das Verbot einiger Fassenvereine und Druckschriften bezogen haben. Jedenfalls dürften in den nächsten Tagen die Resultate derselben veröffentlicht werden.

* **Die Gestaltung der internationalen Dinge** bei Beginn des neuen Jahres läßt sich im Allgemeinen als eine normale insofern bezeichnen, als Fragen kritischer Natur Europa zur Zeit nicht bedrängen. Entspricht diese verhältnißmäßige Ruhe des Augenblicks einestheils bis zu einem gewissen Grade dem Charakter wie dem herkömmlichen Brauche der die Actionslust und den Unternehmungsgeist gefesselt haltenden winterlichen Jahreszeit, so kann dennoch nicht verkannt werden, daß auch andere minder äußerliche, aber desto schwerer wiegende Momente hinzutreten, um eine ruhige Beurtheilung der Weltlage Platz greifen zu lassen. Eine so mächtige und mit allen Bürgschaften dauernden Bestandes ausgestattete Combination, wie der mitteleuropäische Dreibund es ist, kann ihrer Natur nach nicht ohne tiefgehende Rückwirkung auf den Gang der internationalen Entwickelung, auf die Denkweise der Regierenden und der Regierten bleiben. Das Verhältniß Europas zum Dreibunde anlangend, wird wohl Niemand behaupten wollen, bei den außerhalb des Bundes befindenden Regierungen und Völkern herrsche zur Zeit eine besonders lebhafte Neigung zur unfriedlichen Auseinandersetzung. Wenn hier und da unverkennbar Strömungen hervortreten, die dem Dreibunde und seinen friedschirmenden Zwecken spinnefeind sind, so hat es doch mit ihrer Aussicht, an maßgebender Stelle Oberwasser zu erhalten, noch gute Wege. Vielmehr manifestirt sich der Einfluß, den das gedeihliche Zusammenhalten und Zusammenwirken der Centralmächte übt, darin, daß auch die übrigen staatlichen Gemeinwesen unseres Welttheils je länger desto mehr ans Friedenhalten gewöhnt, zur Friedensliebe gewissermaßen erzogen werden. Wohl sagt sich der vorsichtige Beurtheiler der augenblicklichen Lage, daß das überzeugungskräftige Argument zu Gunsten des Friedens wahrscheinlich in der imposanten materiellen Machtentfaltung des Dreibundes gegeben sei, gleichwie er in den enormen militairischen Anstrengungen unserer westöstlichen Nachbarn nur das Streben erkennt, die Schutzwehren des Dreibundes durch noch kräftigere Trutzwaffen zu überbieten. Sei dem drum! Die Interessenvereinigung der Centralmächte wird, so lange sie in der bisherigen gewissenhaften und deshalb erfolgreichen Weise geltend gemacht zu werden fortfährt, immer Herrin ihrer Geschicke und stark genug sein, etwaige frivole Angreifer mit blutigen Köpfen heimzusenden. Das weiß man auch außerhalb Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens sehr genau, und auf diesem Umstande nicht zum wenigsten beruht die gleichmüthige Objectivität, womit deutsche Politiker den Jahreswechsel sich vollziehen sehen.

* Der Bericht der **Wahlprüfungscommission** des Reichstags über die Wahl des Abg. Dr. Websky in Waldenburg ist jetzt erschienen. Die Angelegenheit hat sich wegen der erforderlichen Beweiserhebungen mehrere Sessionen hindurch hingezogen. Der nationalliberale Dr. Websky war in Stichwahl mit geringer Mehrheit gegen den deutschfreisinnigen Stadtsyndicus Oberty gewählt worden. Die Commission hat mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Giltigerklärung der Wahl Websky's zu beantragen, indem die Mehrheit die sämmtlichen Protestbehauptungen theils für unerwiesen oder unbegründet, theils für unerheblich erachtete. Die Proteste gründeten sich auf allerlei Verstöße, angebliche amtliche Beeinflussungen seitens des Landraths, eines Schulinspectors u. A., und Einwirkungen der Arbeitgeber auf die Arbeiter. Wenn die Angelegenheit im Plenum noch zur Verhandlung kommt, wird sie voraussichtlich den Deutschfreisinnigen wieder Anlaß zu einer großen Debatte über Wahlfreiheit geben, und weiter hatte ja auch der Wahlprotest keinen Zweck.

* Der „Weser-Zeitung" zufolge dürfte in nächster Zeit, spätestens zu Ostern, eine wesentliche Aenderung in der Stellung der höheren katholischen Militairgeistlichen eintreten und eine Gleichstellung mit den evangelischen Militairgeistlichen erfolgen.

* Der Abg. Dr. **Hammacher** konnte seinen Vorsatz, am Montag nach Gries bei Bozen abzureisen, nicht ausführen, da er abermals durch einen Bronchialkatarrh an das Bett gefesselt wurde und noch jetzt bettlägerig ist. Sein Zustand zeigt jetzt anscheinend eine Wendung zum Besseren, und dürfte die vertagte Reise nach dem Süden demnächst angetreten werden.

* **Aus Worms** wird geschrieben: Man muß es den hiesigen großen Unternehmern lassen, daß sie es vom Grund aus verstehen, was praktische Socialpolitik ist. Darum ist auch das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in Worms ein so freundliches wie kaum an einem zweiten Platz, und darin liegt eben wieder das große Geheimniß, warum sich die Wormser Arbeiter in politischer Anschauung von vielen andern unterscheiden, wie dies der Kaiser bei dem jüngsten Besuch in Worms in seiner Ansprache an die Arbeiterdeputation so treffend anerkannt hat. Als neue Beweise der Arbeiterfürsorge haben die Lederwerke von Doerr & Reinbach daher anläßlich ihres heutigen 50jährigen Bestehens eine Summe von 100 000 ℳ zur Erbauung weiterer Arbeiterwohnhäuser und ferner 20 000 ℳ für Aufbesserung der Krankengelder ausgesetzt. Ferner haben dieselben eine Danksagung an ihre Arbeiter erlassen, worin sie der stets freundlichen Beziehungen zu ihren Mitarbeitern gedenken und versprechen, auch fernerhin die Pflicht der Augen halten zu wollen, daß sie ihren Arbeitern „mehr schuldig sind als den Lohn".

* * *

* Bei den in den **böhmischen** städtischen Wahlbezirken vorgenommenen Ersatzwahlen zum böhmischen Landtag an Stelle der ihres Mandats wegen für ungiltig erklärten deutschen Abgeordneten sind nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten die bisherigen Abgeordneten wiedergewählt worden. Die Betheiligung an den Wahlen war eine sehr lebhafte. (Wiederholt.)

* Der „Vossischen Zeitung" wird aus Pest geschrieben: Der Neujahrsempfang bei Tisza war sehr interessant und bezeichnet für die innere Politik geradezu einen Wendepunkt. Den Kernpunkt der jetzigen Lage bildet bekanntlich die Kossuthfrage, welche durch die äußerste Linke des Reichstages zu heftigen Auftritten benutzt worden ist. Tisza erklärte ursprünglich, Kossuth's ungarische Staatsbürgerschaft stehe außer Zweifel, und lehnte aus diesem Grunde ab, ein besonderes Gesetz für diesen Fall zu schaffen. Später, um die äußerste Linke zu beruhigen, erklärte Tisza von dem Kaiser die Ermächtigung, eine Umgestaltung des Heimathsgesetzes anzuregen. Diese Anfrage ertheilte Tisza in der letzten Sitzung vor Neujahr, und unter diesen Eindrücke ging das Parlament auseinander. Inzwischen schrieb Kossuth einen offenen Brief, worin er unumwunden erklärte, daß er den Ausgleich von 1867 und alles seither Geschehene nicht anerkenne und ebenso wenig ein Unterthan Franz Josef's sein wolle. Diese Erklärung macht es Tisza fast unmöglich, die Zustimmung des Kaisers zur Abänderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes zu benutzen, da er dem Monarchen nicht zumuthen konnte, seine Unterschrift unter ein Gesetz zu setzen, welches zu Gunsten eines Mannes geschaffen werden sollte, der erklärt, den Kaiser nicht anerkennen zu wollen. Da die äußerste Linke vorläufig auf das Gesetz für Kossuth heft ist, wird sie die Kundgebung Tisza's betreffs seiner Stellung zum Heimathsgesetze und der Kossuth-Angelegenheit voraussichtlich nicht ruhig hinnehmen, sondern im Reichstag nun den persönlichen Kampf gegen den Cabinetschef fortsetzen, und zwar mit größerer Leidenschaft als bisher. Der Conflict zwischen den Parteien hat sich so scharf zugespitzt, daß von der Opposition selbst Obstruction zu erwarten ist. In diesem Falle würde der Regierung nichts übrig bleiben, als das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzuschreiben. Wenn dieselben sich unter dem Schlagwort Königstreue oder Kossuth abspielen, wird die äußerste Linke voraussichtlich vernichtet werden; jedenfalls ist es bedauerlich, daß es so weit kommen und daß die Krone sich in den Streit der Parteien mischen soll, nachdem seit 1867 solches peinlich vermieden wurde und der Monarch sich strengste verfassungsmäßige Zurückhaltung auferlegte. Möglich ist es, daß die äußerste Linke es doch nicht dahin kommen läßt, um so mehr, als die gemäßigte Opposition ihr in der Kossuthcampagne keine Gefolgschaft leisten würde, so daß sie isolirt stehe. Jedenfalls ist die Lage recht unerquicklich, und es steht eine stürmische Session des Parlaments bevor. In seiner gestrigen Rede erklärte Tisza unter dem Beifall seiner Anhänger, er werde nicht weichen; so lange Krone und Mehrheit ihm das Vertrauen bewahren, sei es seine Pflicht zu bleiben, wenn es aber gehe, werde er noch kräftiger als bisher für die Geltung der Parteiprincipien eintreten. Dieses wird dahin ausgelegt, daß Tisza auch im Falle seines Rücktritts nicht die Bildung eines Cabinets aus der Opposition empfehlen werde, sondern auf der bisherigen Mehrheit. Diese entschiedene Sprache machte großen Eindruck und wird voraussichtlich auch in Wien günstig aufgenommen werden. Jedenfalls ist der Krieg zwischen Tisza und seinen Gegnern jetzt erklärt und von einem Zurückweichen weiter keine Rede. Wie der Conflict sich lösen wird, ist vorerst gar nicht abzusehen.

* Zu Anfang des abgelaufenen Jahres verbreitete sich im Königreich der Niederlande die Kunde, daß der König von einem heftigen Krankheitsanfall betroffen worden war, welcher das Schlimmste befürchten ließ; die zugezogenen Aerzte gaben auch in der That wenig Hoffnung auf eine Wiederherstellung, und die Meinungsverschiedenheiten beschränkten sich nur auf die Frage der kürzeren oder längeren Dauer der Krankheit. Um den Gang der Staatsmaschine nicht still stehen zu lassen, mußte eine Regentschaft ernannt werden, die beiden Kammern wurden zu diesem Zweck zusammenberufen, und die Königin Emma, ohnedies von der Pflege des kranken Gemahls in Anspruch genommen, wurde zur Regentin ernannt, während gleichzeitig der Herzog Adolf von Nassau zu der Würde im Großherzogthum Luxemburg berufen wurde. Lange Wochen schwebte man zwischen Furcht und Hoffnung, da die amtlichen Berichte äußerst kurz und unbestimmt gehalten waren und die aus dem Lso in die Oeffentlichkeit gelangten Privatnachrichten sich zwischen den äußersten Grenzen eines hoffnungslosen Pessimismus und eines vertrauensseligen Optimismus bewegten. Aber die starke Natur des Kranken überwand siegreich alle Anfälle, langsam, aber deutlich wahrnehmbar kehrten die Kräfte zurück, und im Anfang des Monats Mai war der König soweit hergestellt, daß er die Regierung wieder übernehmen konnte, sowohl hier wie in Luxemburg.